

Datum: 11.11.2014

Absender:

Internationale Liste im Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner: Joginder Rubin, Bilal Ünal, Ulrich Bamberg, Ahmet Teker, Niko Pasaportis, Hans-Werner Rubin.

Antrag:

der Internationale Liste im Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin zur Verabschiedung im Integrationsrat und zur Unterstützung durch den Rat der Stadt.

Betreff:

Einsatz für die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebende Migrantinnen und Migranten

Beratungsfolge
Integrationsrat

Sitzungsdatum
03.12.2014

Behandlung

Beschlussvorschlag:

Die Internationale Liste im Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin bittet den Rat, Folgendes zu beschließen:

Der **Rat der Stadt Sankt Augustin** bittet die Verfassungskommission des Landtags bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten, die zum Zeitpunkt der Wahl seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland leben, das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen.

Der Integrationsrat bittet Bürgermeister Klaus Schumacher und die Mitglieder des Rates der Stadt Sankt Augustin, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z.B. kommunale Spitzenverbände) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

Begründung:

Bereits in den Jahren 2007-2009 hat der Landesintegrationsrat unter dem Motto „Wo ich lebe, will ich wählen“ mit DGB, LIGA der Wohlfahrtverbände und Landesjugendring eine Kampagne zum Thema „Kommunales Wahlrecht“ durchgeführt.

In mehr als 60 Städten wurde das Thema im Stadtrat diskutiert, in den Räten von 31 Kommunen gab es positive Ratsbeschlüsse.

Warum jetzt eine neue Kampagne?

Der Landtag NRW hat eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Änderung der Landesverfassung eingerichtet. Eine öffentliche Anhörung zum Themenfeld „Politische Partizipation“ fand am 01. September 2014 statt. Dabei wurde auch das Thema „Kommunales Wahlrecht“ angesprochen und von mehreren der eingeladenen Sachverständigen, natürlich auch vom Landesintegrationsrat, die Erweiterung des Auftrages dieser Kommission um das Themenfeld „Kommunales Wahlrecht“ gefordert.

Aussagen der Fraktionen im Vorfeld der Anhörung sowie bei der Anhörung selbst lassen hoffen, dass es möglich wird, eine von allen Fraktionen getragene Änderung der Landesverfassung zu erreichen, die die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten zum Inhalt hat. Eine Einführung dieses Rechts bezogen nur auf NRW ist nach Ansicht von Experten möglich.

Gezeichnet

Joginder Rubin

Bilal Ünal

Ahmet Teker

Ulrich Bamberg

Niko Pasaportis

Hans-Werner Rubin